



**Institut für Angewandte Politische Ökonomie**

# **Budgetvollzug Österreich Jänner–Juli 2025 – Analyse**

Reinhard Fellner



**Dieses Dokument fasst die wichtigsten Ergebnisse des Budgetvollzugsberichts Jänner–Juli 2025 sowie ergänzende Schätzungen und Visualisierungen zusammen. Die Analyse berücksichtigt Auszahlungen, Einzahlungen, Nettofinanzierungsbedarf, Asylkosten, Länderanteile und EU-Zahlungen.**



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

### 1. Überblick Budgetvollzug

Der Nettofinanzierungsbedarf betrug Jänner–Juli 2025 rund 16,1 Mrd. EUR (+0,3 Mrd. ggü. Vorjahr). Die Auszahlungen stiegen auf 69,8 Mrd. EUR (+2,0 %), die Einzahlungen auf 53,8 Mrd. EUR (+1,9 %). Haupttreiber der Mehrausgaben waren Pensionen, Personal und Arbeitslosenversicherung, während Krisenmaßnahmen (COVID-19, Energie) deutlich zurückgingen.

### 2. Öffentliche Verwaltung (exkl. Militär, Polizei, Gesundheit)

Die Aufwendungen für die öffentliche Verwaltung ohne Militär, Polizei und Gesundheit betragen rund 2,14 Mrd. EUR von Jänner–Juli 2025. Dies entspricht etwa 3,1 % der gesamten Bundesauszahlungen.

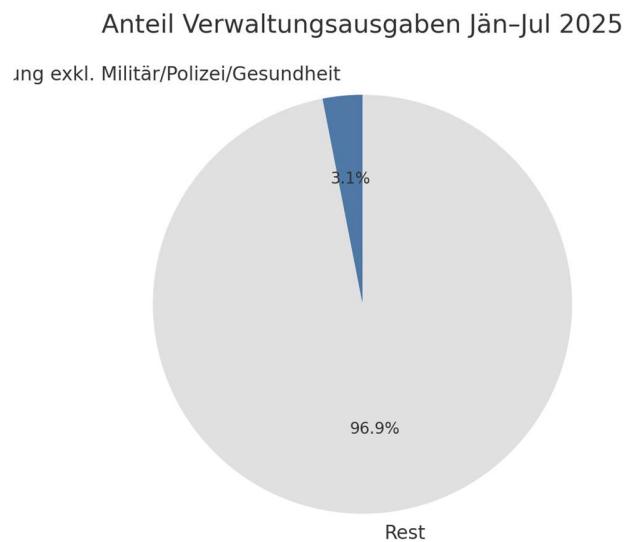


Abbildung: Anteil der öffentlichen Verwaltung an den Gesamtauszahlungen (Jän–Jul 2025).

### 3. Asyl- und Migrationskosten

Direkt quantifizierbar sind die Kosten für die Grundversorgung (GVS), die sich auf ca. 420 Mio. EUR bis Juli 2025 beliefen (~720 Mio. EUR hochgerechnet aufs Jahr).



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Hinzu kommen anteilige Gesundheitskosten (geschätzt 20–30 Mio. EUR) und sehr geringe Pflegegeldkosten (<2 Mio. EUR). Gesamtkosten Bund ca. 450 Mio. EUR Jän–Jul 2025. Die Länder tragen zusätzlich erhebliche Kosten, die im Bundeshaushalt nicht abgebildet sind.

### 4. Länderanteile an der Grundversorgung (GVS)

Die GVS-Kosten teilen sich nach 60:40-Regel auf Bund und Länder. Für 2025 ergeben sich Systemgesamtkosten von rund 755 Mio. EUR, davon ca. 497 Mio. EUR Bund und 258 Mio. EUR Länder. Die Verteilung nach Ländern erfolgt gemäß Betreuungsquoten.

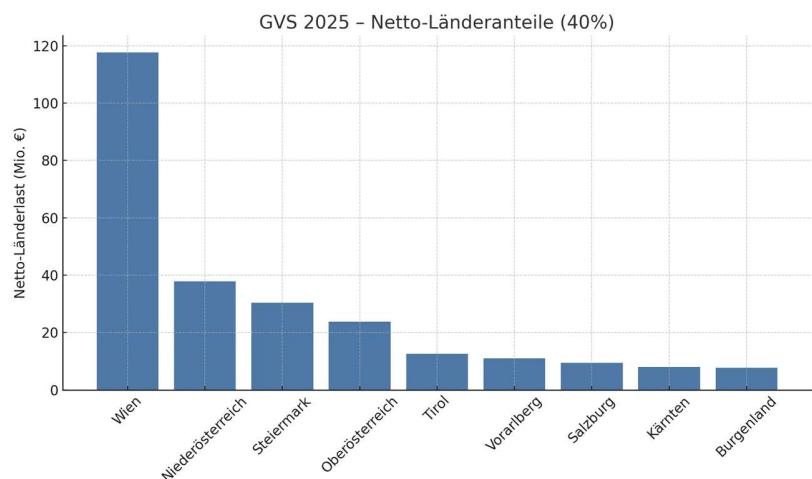


Abbildung: Netto-Länderanteile (40 %) an den GVS-Kosten 2025.



Abbildung: Vergleich Bund vs. Länder bei den GVS-Kosten 2025.

### 5. EU-Zahlungen und Rückflüsse

Die Bruttozahlungen Österreichs an die EU steigen von 3,6 Mrd. EUR (2024) auf 3,9 Mrd. EUR (2025) und 4,1 Mrd. EUR (2026). Gleichzeitig gibt es Rückflüsse (Agrar, Kohäsion, RRF). Besonders 2025 gleichen hohe RRF-Mittel (2,1 Mrd. EUR) die Zahlungen fast vollständig aus, sodass Österreich Netto kaum belastet ist.

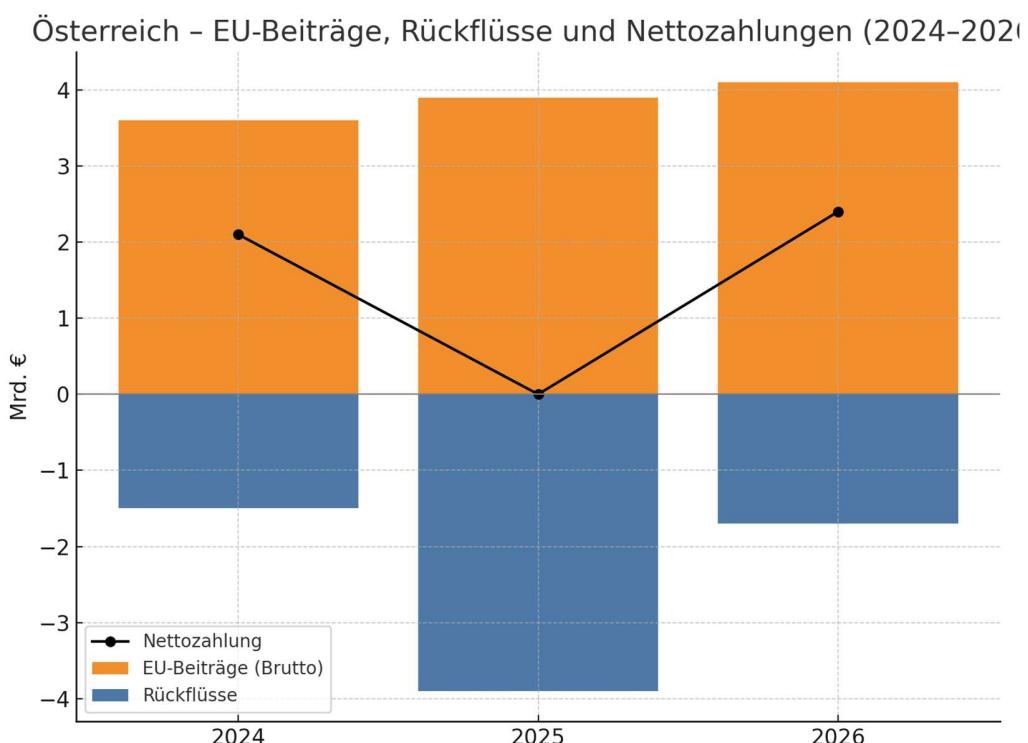


Abbildung: EU-Beiträge, Rückflüsse und Nettozahlungen 2024–2026.

### 6. Fazit

Der Budgetvollzug 2025 zeigt steigende Pflichtausgaben bei gleichzeitigem Auslaufen von Krisenmaßnahmen. Die Konsolidierung wirkt erst im späteren Jahresverlauf. Asyl- und Migrationskosten sind im Bundesbudget teilweise sichtbar, die Länder tragen zusätzliche Lasten. Auf EU-Ebene zeigt sich 2025 eine Sonderkonstellation durch hohe Rückflüsse (RRF), während Österreich sonst klar Nettozahler bleibt.